

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

1.3.1921 (No. 50)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach Nr.
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredak-
teur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, helbe
in Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasseeabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung von Langfristigen Verträgen und Kontokorrenten fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Das badische Wappen und die Dienst- siegel.

** In einer soeben erschienenen Bekanntmachung des Staatsministeriums wird u. a. bestimmt:

Das badische Staatswappen besteht aus einem goldenen mit einem roten rechten Schrägalken belegten Schild, der von zwei silbernen Greifen gehalten wird.

Die Abbildung oder Verwendung des Wappens zu künstlerischen, kunstgewerblichen oder heraldisch-wissenschaftlichen Zwecken steht jedem frei. Im übrigen ist die Verwendung des Wappens nur mit Genehmigung des Staatsministeriums gestattet.

Das Staatsministerium und die Ministerien führen zwei Siegel: ein großes Siegel mit dem vollen Staatswappen für feierliche Beurkundungen und ein kleines Siegel, das nur den goldenen Schild mit rotem rechten Schrägalken zeigt, in allen übrigen Fällen.

Alle übrigen staatlichen Behörden bedienen sich lediglich des kleinen Siegels, das Oberlandesgericht, der Verwaltungsgerichtshof und der Kompetenzgerichtshof jedoch bei der Ausfertigung ihrer Urteile des großen Siegels.

Jedes Siegel muß in seiner Umschrift die siegelführende Behörde bezeichnen. Die Siegel werden von der Münzverwaltung in Karlsruhe angefertigt.

Bezirksbauamt.

** Das Staatsministerium hat verordnet, daß die Bezirksbehörden der Hochbauverwaltung anstelle der bisherigen Bezeichnung „Bezirksbauinspektion“ künftig die Stellenbezeichnung „Bezirksbauamt“ zu führen haben.

Badische Landesversorgungsstelle.

** Das Ministerium des Innern hat die Obliegenheiten der Landesversorgungsstelle und der Geschäftsstelle der badischen Kartoffelversorgung der Landesversorgungsstelle in Karlsruhe übertragen und dieser die Bezeichnung „Badische Landesversorgungsstelle“ gegeben.

Beschlagnahmte Waffen.

** Ein Transport Waffen und Munition, der vor wenigen Tagen an den Oberrhein gelangte und über dessen Herkunft noch keine völlige Klarheit besteht, wurde auf Anordnung des Landeskommissars für die Entwaffnung polizeilich erfasst. Die weitere Behandlung von Waffen und Munition und die Untersuchung der Angelegenheit gemäß dem Entwaffnungsgesetz ist im Gange.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

** Die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes weist gegenüber der Vorwoche wieder eine Verschlechterung auf, die sich sowohl in Betriebs einschränkungen als auch in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen (4369 gegenüber 4257) äußert. An Unterstützungen wurden an 4128 Männer und 541 Frauen 831 684,79 M. ausbezahlt. Außerdem wurden 67 201,95 M. an Kurzarbeiterzulagen gewährt; mit Kostendarstellungen (insbesondere mit Steinbruch-, Erd- und Waldarbeiten) waren insgesamt 3185 Arbeiter beschäftigt.

Die Lage in den einzelnen Berufsgruppen hat sich folgendermaßen gestaltet:

In der Landwirtschaft hebt die Nachfrage nach Arbeitskräften an.

Die Industrie der Steine und Erden weist gegenüber der Vorwoche im allgemeinen keine Veränderung auf, die Nachfrage nach Facharbeitern aus dem Gebiet der Ziegelindustrie konnte, wenn auch mit Mühe, gedeckt werden.

Die Metall- und Maschinenindustrie leidet in zunehmendem Maße an Arbeitsmangel; verschiedentlich sahen sich daher Betriebe zu Einschränkungen genötigt.

In der chemischen Industrie war vereinzelt eine kleine Besserung zu beobachten, im allgemeinen ist jedoch die Nachfrage nach Arbeitskräften gering.

In der Lederindustrie ist die Lage etwas schwankend geworden.

In der Holzindustrie scheint die Tätigkeit etwas anzuzunehmen.

Die Erwerbslosigkeit im Nahrungsmittelgewerbe hat sich in der Berichtswoche gegenüber der Vorwoche eher verschlimmert.

In der Genussmittelindustrie weist die Tabakindustrie zwar nicht mehr die lebhafteste Nachfrage nach Arbeitskräften, wie in der Vorwoche auf, doch spiegelt die immer noch verhältnismäßig große Zahl offener Stellen die günstige Geschäftslage dieses Industriezweiges wieder.

In der Bekleidungsindustrie ist eine kleine Verschlechterung eingetreten.

Infolge des Frostwetters ist im Wagengewerbe die Zahl der erwerbslosen Handwerker und Tagelöhner gestiegen.

Wie im Vertriebsgewerbe, so ist auch im Handel die Lage nach wie vor ungünstig.

Im Hotel- und Gastwirtsgeerbe hält sich zumeist ein Angebot und lebhaftere Nachfrage nahezu die Waage. Sehr stark ist der Bedarf an häuslichem Dienstpersonal.

Betriebs einschränkungen und Schließungen.

Betriebs einschränkungen wurden vorgenommen wegen Arbeitsmangel bei circa 55 Schuhwarenfabriken in Pforzheim; wodurch 800 Männer und 1200 Frauen nur als Kurzarbeiter weiter beschäftigt werden konnten. Ferner bei 9 Betrieben (Metall- und Maschinenindustrie, Leder- und Wandfabrikation), wovon insgesamt über 800 Arbeitskräfte betroffen sind (gegen 600 Männer und 136 Frauen); 134 Entlassungen mußten vorgenommen werden.

Wieder eröffnet bzw. wieder voll in Betrieb genommen wurden 3 Betriebe, wodurch 120 Arbeitskräfte wieder zu Beschäftigung kamen.

* Entweder — Oder.

Wimmer wieder und wieder haben wir an dieser Stelle auf die doch eigentlich recht betrübliche Tatsache aufmerksam gemacht, daß der neue Staat zu einem nicht ganz unbeträchtlichen Teile selber daran schuld ist, daß starke Bruchteile des Volkes ihm nicht mit dem Respekt begegnen, den er zu erwarten hätte, und daß zumal die Reaktion sich in einer Weise entfalten und betätigen darf, wie es im umgekehrten Verhältnis unter dem alten Staat solche Parteien, die damals Gegner der bestehenden Verfassung waren, nun und nimmer geduldet hätten.

Diese, unserer Meinung nach übel angebrachte Nachgiebigkeit gegenüber den reaktionären Elementen unseres Volkes wird entschuldigt durch die furchtbaren innerpolitischen und außenpolitischen Schwierigkeiten, mit denen die Regierung und die Regierungsparteien in aller erster Linie zu kämpfen hatten, durch gewisse doktrinaire und idealistische Auffassungen vom Begriff der politischen Freiheit, wie sie namentlich bei sehr überzeugten Demokraten zu finden sind, und durch einen gewissen Energiemangel, wie er nach einem langen Kriege, der mit dem vollen Zusammenbruch endete, nicht ungewöhnlich ist.

Aber schon bei diesem dritten Punkt haben unsere Zweifel und Bedenken einzusetzen. Denn bezeichnender Weise haben die Gegner des neuen Staates, Reaktionäre und Kommunisten, deren Namen doch auch unter den Folgererscheinungen des Krieges zu leiden hatten, ganz zweifellos viel mehr Energie im Angriffswesen entwickelt, als die Freunde des neuen Staates. Und so wird für alle Zeiten der Vorwurf bestehen bleiben müssen, daß die Parteien des neuen Staates — zum Teil aus durchaus völlig begrifflichen Gründen, zum Teil aber auch aus offenkundiger Abneigung gegen den Kampf als solchen — in vielen Punkten relativ zu wenig getan haben, um den neuen Staat mit seinen rechtlichen Institutionen und Gedankengängen, mit seiner sozialpolitischen Moral überholenden und Widerstrebenden gegenüber mit aller Entschiedenheit, schlimmstenfalls auch unter Anwendung von Gewalt durchzusetzen.

Die merkwürdigsten Dinge haben sich in dieser Hinsicht im neuen Deutschland ereignet. Ist genug mußte man sich an den Kopf fassen und sich fragen, wie es denn möglich sei, daß Männer, die von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der neuen Staatsidee überzeugt sind und die Gefahren von rechts doch genau kennen, in der Abwehr dieser Gefahren eine so auffallende Schwäche an den Tag legen. Gewiß dürfen wir für Baden mit Genugtuung konstatieren, daß die Regierung und die Regierungsparteien bei uns wesentlich anders verfahren sind, und daß man bei uns von vornherein planmäßig und zielbewußt bestrebt war, den neuen Staat im Bewußtsein der Bevölkerung fest zu verankern und den Gegnern des neuen Staates, mochten es nun Kommunisten oder Reaktionäre sein, allemal dort gehörig auf die Finger zu klopfen, wo sie es sich erlaubten, die Verfassung und die verfassungsmäßige Regierung in ihrem Ansehen und in ihrer Stellung zu untergraben. Und der Erfolg ist bei uns auch nicht ausgeblieben.

Im Reiche dagegen und in einzelnen anderen „Ländern“ hat man leider bisweilen diese Entschiedenheit nicht aufgebracht. Und manchmal sah es ganz so aus, als ob es nicht nur ein angeborener Mangel an Energie, sondern geradezu eine gewisse Lausheit und Lässigkeit sei, die jene bedenkliche Nachgiebigkeit verschuldete. Jedenfalls hat sich im Laufe der beiden letzten Jahre das Bild in einer Weise verschoben, daß die Wahrheit geradezu auf den Kopf gestellt erscheint. Ausgerechnet die Parteien, die jene einst herrschenden Schichten vertraten, die unsern Zusammenbruch in erster Linie verschuldeten, führen das große Wort und betätigen sich in einer skrupel-

losen Agitation gegen die Parteien, die des Vaterlandes Existenz aus dem Zusammenbruch erretteten. Und da die Gewohnheit schließlich abtumpft, hat es auch schon manch ein Anhänger des neuen Staates verlernt, das Groteske und Widerwärtige, das in dieser Verzerrung des Bildes liegt, zu erkennen.

Nun ist ja allerdings die Lage so, daß dem neuen Staat von innen heraus kaum eine ernsthafte Gefahr droht. Die Reichstagswahlen und die Preußenwahlen haben das zur Genüge bewiesen. Die Reaktion ist bei dem Gipfelpunkt ihrer Entwicklung angelangt; und wenn auch die „Deutschnationalen“ bei den preussischen Landtagswahlen nicht unerheblich zugenommen haben, so hat dafür, wie sich jetzt herausstellt, die Deutsche Volkspartei nicht unwesentliche Verluste erlitten, u. das Gesamtergebnis ist jedenfalls so, daß für den neuen Staat zu irgend welchen ernststen Unruhmöglichkeiten kein Anlaß vorhanden ist. Zudem haben wir jetzt sowohl im Reiche, wie in Preußen für mehrere Jahre Ruhe. Die parlamentarische Situation liegt für mehrere Jahre fest. Und es wird Sache der Parteien des neuen Staates sein, diese Situation in der entsprechenden Weise auszunutzen, das heißt, endlich allenthalben der Verfassung jene Geltung und jenen Respekt zu verschaffen, den sie haben muß, wenn wir uns nicht selbst vor der Welt zum Gespött machen wollen.

Hier gibt es nur ein „Entweder—Oder“. Eine jede Vertuschung und eine jede Lausheit führt nicht etwa zur innerpolitischen Beruhigung, sondern trägt nur dazu bei, den Feinden des neuen Staates das Rückgrat zu steifen und sie zu neuen Kämpfen zu ermutigen. Noch immer ist es die faktische oder scheinbare Schwäche der eigenen Position gewesen, die den Gegner gelockt hat.

Vor dieses „Entweder—Oder“ sieht sich zurzeit das Reichsparlament bzw. die Reichsregierung in zwei bedeutsamen Fragen gestellt. Die eine Frage betrifft die Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes, wie sie sich aus der Haltung der Entente ganz von selbst ergibt, die zweite Frage betrifft die Beratung der neuen Wehrverfassung.

Beim Entwaffnungsgesetz wird es nicht so sehr darauf ankommen, daß seine Verlängerung vom Parlament beschlossen wird — denn diese Annahme ist von vornherein so gut wie sicher —, sondern vor allem darauf, daß Bayern nun auch wirklich angehalten wird, den Bestimmungen dieses Gesetzes in aller Form nachzukommen. Es wird also eine Probe aufs Exempel sein, die nicht so sehr das Parlament des neuen Staates, sondern die Verwaltung des neuen Staates, die Exekutive, zu bestehen haben wird.

Die zweite Frage ist durch die Sitzungen des Reichstagsausschusses, der die neue Wehrverfassung zu beraten hat, brennend geworden. Diese neue Wehrverfassung illustriert nämlich das von uns oben Gesagte in geradezu eklatanter Weise. Der ganze Gesetzesentwurf enthält weder in seinen einzelnen Paragraphen, noch in seiner Begründung ein einziges Mal das Wort „Republik“. Dieses Wort hat man absichtlich vermieden.

Abgegeben davon, daß diese Methode etwaigen treulosen Reichswehroffizieren später einmal nahe legen könnte, zu erklären, sie hätten ja gar keinen Eid auf die Republik geleistet, da das Wort „Republik“ in der für sie maßgebenden Wehrverfassung nicht enthalten sei, bedeutet das Weglassen dieses Wortes das beklagenswerte Eingeständnis einer Schwäche, von der der Fernstehende nicht genau wissen kann, ob sie wirklich vorhanden ist oder nur in der Einbildung existiert.

Wir neigen der Auffassung zu, daß diese Schwäche wohl nur eingebildet ist. Denn wenn man will, wird man für ein Heer, das einschließlich aller Offiziere 100 000 Mann umfaßt, sicherlich mit der Zeit auch genügend republikanisch und demokratisch gesinnte Offiziere finden. Wenn man sie nur finden will!!!

Ja, wenn wir, wie einst das Frankreich des Jahres 1871, noch in der Lage wären, eine große Armee zum Zwecke einer umfassenden Kriegsführung zu unterhalten, dann gäbe es allerdings keine Wahl, und man müßte sich wohl oder übel des militärischen Talents auch solcher Offiziere bedienen, die nicht auf republikanischem Boden stehen. Heute ist das aber nicht nötig. Es hieße die Gesamtheit der demokratisch empfindenden Offiziere beleidigen, wenn man behaupten wollte, daß sich für die-

Mit einer Beilage: 24. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

tes kleine 100 000 Mann-Geer nicht ausreichend Offiziere aus ihren Schichten finden liehen.

Im Ausland würde das geistliche Fortkommen der Bezeichnung „Republik“ aus dem Gesandtschaftsbericht einen sehr schlechten Eindruck machen und das alte Mißtrauen, das gegen den „preussisch-deutschen Militarismus“ besteht, von neuem wachrufen. Und das sollten wir doch mit allen Kräften vermeiden. Unseres Erachtens hat es der neue Staat nicht nötig, vor den Wünschen monarchistisch gesinnter Offiziere zu kapitulieren und sich einer Handlung schuldig zu machen, die der Offizier selbst wohl nicht anders denn als Feigheit bezeichnen würde.

Es ist aus allen diesen Gründen lebhaft zu begrüßen, daß der Reichstagsausschuß einen Antrag, der auch im Wortlaut der Wehrverfassung die Reichswehr ausdrücklich zur Wehrmacht der deutschen Republik stemmt, mit 13:8 Stimmen angenommen hat. Und hoffentlich wird auch das Plenum diesem Antrag zustimmen. Hier darf es keine Nachgiebigkeit und keine Schwäche geben. Entweder — Oder! Entweder wir wollen den neuen Staat, dann haben wir aber auch die Pflicht, mit aller Energie für ihn einzutreten. Oder wir wollen ihn nicht, dann können wir uns mit dem neuen Staat begraben lassen!

Politische Neuigkeiten. London.

Aus London meldet das B. L. W. vom Montag: Die deutschen Delegierten waren um 3 Uhr nachmittags in Dover eingetroffen, wo ein Vertreter der englischen Regierung sie begrüßte. Sie setzten die Fahrt abends im fahrplanmäßigen Zuge, in dem zwei Wagen reserviert waren, nach London fort. Pünktlich um 10 Uhr lief der Zug in Victoria Station ein, wo der deutsche Botschafter mit mehreren Mitgliedern der Botschaft und ein Vertreter von Lord Curzon zur Begrüßung anwesend waren. Vor dem Bahnhof hatten sich zahlreiche Neugierige angesammelt. Die Delegierten begaben sich in bereitgestellten Automobilen in das Savoy-Hotel. Die Abfahrt verlief ruhig und ohne Zwischenfälle.

Wie der Ghabasberichterstatter meldet, wird Lloyd George in der ersten Sitzung im Namen der Alliierten auf die Erklärung des Reichsministers Dr. Simons antworten und dabei ganz besonders auf die Notwendigkeit hinweisen, daß die Alliierten den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erzielen müssen, ohne daß neuerdings die Frage der Kriegsverantwortlichkeit zur Sprache gebracht wird. Hierfür wird Lloyd George die Bildung eines Ausschusses vorschlagen, der aus alliierten und deutschen Sachverständigen besteht und unverzüglich eine individuelle gehende Prüfung der deutschen Gegenansprüche aufnehmen soll. Diese Vorarbeit wird voraussichtlich am Freitag beendet sein. Die Konferenz wird dann in Volltagungen die Ergebnisse durchberaten, zu denen die alliierten und deutschen Sachverständigen geladen sind.

Der Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ meldet seinem Blatt aus London: Marshall Foch habe Lloyd George und General Wilson einen Plan über die militärischen Operationen gegen Deutschland unterbreitet. Der englische Ministerpräsident und der englische General hätten Einwendungen gegen diesen Plan nicht erhoben. Es müßte aber gesagt werden, daß Lloyd George England keineswegs in irgend einer Weise in eine Invasion in Deutschland verwickeln wolle und auch keinerlei Versprechungen gegeben habe, sich zur See mit der englischen Flotte an Strafmaßnahmen gegen Deutschland zu beteiligen. Lloyd George wünsche offenbar, seine Hand frei zu halten und alle seine Entschlüsse der Lage anzupassen, die sich aus der Haltung der deutschen Vertreter ergeben.

Die erste Vollziehung der Konferenz, in der die Reparationsfrage behandelt werden soll, findet heute, Dienstag vormittag 12 Uhr im Lancasterhouse statt.

Die Säbelraßler.

Die Konferenz zwischen Lloyd George, Briand und den Marschällen Foch und Wilson im Schloß in Chequers hat, wie die B. L. W. berichtet, den Zweck verfolgt, die Frage der Sanktionen zu regeln. Nach französischen Berichten soll es dabei zu klaren Beschlüssen gekommen sein. Man habe, gestützt auf die Berichte aus Deutschland, den Fall ins Auge fassen müssen, daß man sich schon am Ende dieser Woche genötigt sehen werde, die Sanktionen spielen zu lassen. Die Engländer hätten zuerst finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen ins Auge gefaßt, seien nun aber auch davon überzeugt, daß im Falle einer deutschen Weigerung nur die militärischen Sanktionen wirksam sein könnten.

Landestheater.

„Die Journalisten“.

Die erforderlich gewordenen Verpflichtungsspiele jangen nun auch an, den Spielplan unseres Schauspielers gewaltig zu beeinflussen, so daß diese ad hoc herbeigezogenen Dramen nicht mit jener sorgfältigen Vorbereitung erscheinen, die man an den letzten Neueinstudierungen loben durfte. Auch „Die Journalisten“, die am Sonntag abend unter Herrn Baumhachs Leitung im Konzertsaal in Szene gingen, bedürfen noch da und dort der glättenden Hand. Andererseits verspürte man jedoch sofort in jenen Aufmachungen und Zusammenstellungen die energische Führung Baumhachs. Es war ein geschickter Gedanke, das liebe Freitagsche Lustspiel im Kostüm spielen zu lassen. Mit Krinolinen und Mantillen der Damen, mit buntem Frack und Vatermörder der Herren wurde so in glücklicher Weise die erforderliche Distanz zur Gegenwart gewonnen. Man schaute mit halb wehmütigem, halb neidischem Blick in die Wehaglichkeit der Wiederkehrzeit hinein, die ja in Wirklichkeit auch ihre Rote und Krämpfe auszuatmen hatte.

Das Hauptinteresse wandte sich natürlich dem Gast des Abends zu Fräulein Martha Moeller (Stadttheater St. Gallen), die ihr so erfolgreich begonnenes Gastspiel fortsetzte. Auch ihre Verkörperung der Adelheid Rueder trug viele sympathische Züge, und besonders war es wieder die voll tonende, warm timbrierte Stimme, die für die Künstlerin gefangen nahm. Auch die Schlichtheit des Spiels, der künstlerische Ernst der unter der schauspielerischen Hülle hervorleuchtend, sind gewinnende Vorzüge. Andererseits traten aber in dieser

Weitere Proteste.

Die Liga zum Schutze der deutschen Kultur veranstaltete am Sonntag in ganz Oeffen machtvolle Kundgebungen gegen die Pariser Beschlüsse. An verschiedenen Orten kam von vielen Tausenden von Zuhörern aller Kreise der einmütige Wille zum Ausdruck, die unerhörten Forderungen der Entente abzulehnen.

Von der holländischen Gewerkschaftszentrale wurde an Lloyd George folgendes Telegramm gesandt:

Der niederländische Verband der Arbeitergewerkschaften fühlt sich veranlaßt, am Vorabend der Konferenz zur Feststellung der deutschen Entschädigung die Vertreter der verschiedenen Regierungen auf die Interessen zu lenken, die die ganze Menschheit an dieser Frage hat. Es wird eine Lösung erwartet, die nicht neuen Oaf unter die Räder sät und den Aufbau der Welt nicht hindert, sowie Millionen von Arbeitern auf Jahrzehnte hinaus zur Sklaverei verurteilt. Im voraus protestiert der Verband der Arbeitergewerkschaften Hollands mit aller Kraft gegen eine Lösung der Fragen, die mit den vorstehenden Gedanken nicht in Einklang zu bringen sind.

Deutscher Reichstag.

Im Reichstag wurde gestern der auf gemeinsamen Antrag aller Parteien eingebrachte Gesetzentwurf auf Änderungen der Bekanntmachung über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden von 1916 ohne Wortmeldungen angenommen. Es folgte die Beratung des Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes. Reichsminister Dr. Koch gab dazu namens des Kabinetts folgende Erklärung ab: „Die Reichsregierung hat die für ein waffenloses Volk so schwer erträgliche Aufgabe der Entwaffnung entsprechend den Bedingungen des Friedensvertrags in die Hand genommen und in einem Umfang und mit einer Schnelligkeit gefördert, wie beim Erlaß des Entwaffnungsgesetzes wohl niemand es für möglich gehalten hätte. (Unruhe links.) Sie wird auch die strengste Durchführung des Gesetzes innerhalb der gesetzlich fixierten zu bewerkstelligen wissen. Das gilt auch für Bayern. Die Reichsregierung hält sich unbeeinträchtigt von irgendwelchen turbulenten Äußerungen an die Erklärung der bayerischen Regierung, nach der sie die letzte Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen der Reichsregierung zuweist. Im Reichstag wird bis zum 15. März ein Gesetz über die dem Friedensvertrag widersprechenden Organisationen gegeben. Heute, am Vorabend der Konferenz von London, will die Reichsregierung eingehende Darlegung vermeiden. Sie erachtet es heute für ihre dringende Pflicht, die Einheit des Volkes gegenüber den uns drohenden Gefahren aufrecht zu erhalten.“

Die Redner der Unabhängigen Abg. Solmann und der Sozialdemokraten Vogel und Gruber protestierten gegen die bayerischen Einwohnerwehren und gegen die Haltung Bayerns in dieser Frage überhaupt. Abg. Dr. Leub (Komm.) lehnte die Vorlage ab. Abg. von Brünninghausen (D. Wp.) erklärte namens des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, daß sie im gegenwärtigen Augenblick die Entschließung der Unabhängigen auf schleunigste Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren, und Ausschließung der Ableistungspflicht auch auf einzelne Höfe, Gutsbesitzer und Gemeinden für eine unnötige Schwächung der Londoner Verhandlungen unserer Delegierten sehen, diese Entschließung insoweit ablehnen und der Vorlage zustimmen.

Weiter sprach noch Abg. von Graf (Dn.) und Minister Dr. Heim (D. Wp.), der die bayerische Regierung in Schutz nahm und „alle sozialistischen und kommunistischen Gerüchte von reaktionären Verschwörungen in Bayern, Mörderzentralen“ usw. als Erfindungen bezeichnet. Im weiteren Verlauf der Sitzung gab Reichsfinanzminister Dr. Witt auf Wunsch des Ausschuhberichterstatters betr. die Steuerangelegenheiten Ergründer und Kerns eine kurze Erklärung ab, in der er mitteilt, daß in der Sache des Bankhauses Gruber-Philippson u. Co. die Untersuchung ergeben habe, daß in mehr als 10 Fällen Kapitalverschlebung ins Ausland vorgekommen seien, und daß bisher eine Gesamtsumme von 251 Millionen als verschoben festzustellen sei. Im Falle Spiro sei festgestellt worden, daß die hinterzogene Summe an Steuern 6 Millionen Mark übersteige. Das Verfahren gegen die beiden Mitglieder des Hauses Hohenzollern sei noch nicht abgeschlossen. Das Haus vertrat die Weiterberatung auf heute 1 Uhr. Schluß halb 7 Uhr.

Der Etat und das Programm des Reichsarbeitsministeriums.

In seiner kürzlichen Rede im Reichstag führte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns folgendes aus: In der gewaltigen Summe von vier Milliarden, die der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums erfordert, steht verhältnismäßig wenig für den Personalaufwand und den Dienstbetrieb des Ministeriums. Dagegen ist die Menge der neuen Aufgaben des Mi-

neriums, die bei aller Bedingtheit doch mit einer gesteigerten Lebendigkeit gespielt werden will, die Mängel starker zutage, und die Schwere, die auf Antlitz und Körper liegt, hindert eine freie Entfaltung aller menschlichen Regungen. Während die Augen außerordentlich präsent sind, bleiben die übrigen Gesichtspartien fast unbeteiligt an der Mimik und einzelne Züge um den Mund entstehen sogar das Gesicht. Wie es mit dem Repertoireumfang der Dame steht, muß die Theaterleitung wissen. Die Rentabilität der neu zu gewinnenden Kräfte spielt in unserer heutigen Zeit eine große Rolle. Für eine ganze Anzahl klassischer Rollen würde Fräulein Moeller zweifellos einen Gewinn bedeuten, aber die Verwendungsfähigkeit im modernen Schauspiel ist zugleich offenbar noch sehr gering. Die Frage bedarf eingehender Prüfung und entscheidet sich besser erst nach weiteren Gastspielen, die Vergleiche gestatten. Über die übrige Besetzung vielleicht mal gelegentlich einer Wiederholung einige Worte. Das gut besuchte Haus nahm die Vorstellung mit herzlichem Beifall auf.

Guge Koller.

Vollstühne Karlsruhe. Man schreibt uns: Aus Betriebsgründen des Landesstättens kann am Dienstag, den 1. März für die Vollstühne keine Vorstellung stattfinden. Die Märzreihe (M) beginnt daher am Freitag, den 4. März. Zur Aufführung gelangt: „Die Stützen der Gesellschaft“, Schauspiel in 4 Akten von Dietrich Hebbel, die längere Zeit hier nicht mehr auf dem Spielplan standen und völlig neu für die Vollstühne einstudiert werden. Es dürfte die Besucher der Vollstühne interessieren zu hören, daß die Vorstellungen im Januar und Februar die höchste Besuchszahl seit Beginn der Vollstühne aufzuweisen hatten, nämlich über 9600.

misteriums fast täglich im Wachsen. Trotz der ungünstigen Wirtschaft darf unsere Sozialpolitik nicht ruhen, aber sie muß nach Möglichkeit produktiv gestaltet werden. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat zurzeit einen außerordentlich großen Umfang erreicht, sie ist seit dem Ende des Krieges eine chronische Erscheinung. Ihre Bekämpfung erfordert weitgehende Umstellungen unserer Wirtschaft. Der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes ist fertiggestellt und gelangt dieser Tage an das Reichskabinett. Er bringt nicht die ihm nachgesagte Bürokratisierung oder Überorganisation, sondern erstrebt, alle Beteiligten zu einheitlicher Mitarbeit zusammenzufassen. An die Stelle der Erwerbslosenunterstützung haben wir uns bemüht, die Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu setzen. In dem allgemeinen Programm der produktiven Erwerbslofenfürsorge, das ich früher schon hier entwickelt habe, haben wir festgehalten und es in einer Reihe wichtiger Unternehmungen bewirkt. Ich erinnere an die Förderung der Kanalbauten in Süd- und Mitteldeutschland, an die Abschließung von Mooren und an das große System wirtschaftlicher Bodenverbesserungen, das wir gemeinschaftlich mit dem preussischen Landwirtschaftsministerium eingeleitet haben. Bis zum 18. Febr. d. J. sind 5228 Anträge auf Anwendung der produktiven Erwerbslofenfürsorge vorgelegt worden. Davon sind 3634 endgültig genehmigt und beim Reichsamte für Arbeitsvermittlung vorgelegt.

Auf Grund der bis zum 18. Februar eingegangenen Anträge sollen 226 830 Erwerbslose beschäftigt werden, wofür 617 Millionen Mark nachgelegt werden. Den Entwurf des Arbeitslofenversicherungsgesetzes haben wir zurückgezogen. In der strengen versicherungstechnischen Form ist ein solches Gesetz unbrauchbar, solange der Arbeitsmarkt krisenhaft bleibt. Wir wollen ein Gesetz über eine vorläufige Arbeitslofenversicherung vorlegen, um später, sobald es möglich ist, an die endgültige Regelung heranzugehen. Für die fünf Wintermonate hat die Regierung eine Erhöhung der Arbeitslofenunterstützung beantragt, die in allen Einzelheiten bereits die Zustimmung des Reichstages gefunden hat. Diese Erhöhung wird festgehalten werden, bis eine Senkung der Kosten der Lebenshaltung ihren Abbau ermöglicht. Die Unterstufungen werden zu erhöhen, ist jedoch nicht angängig; sie werden jetzt schon nur wenig hinter den Löhnen weiter Arbeiterschichten zurück. Die Zahl der Unterstützungsempfänger ist in der letzten Zeit wieder bedenklich gestiegen. Der Gesamtaufwand für die Arbeitslofenunterstützung betrug im Januar d. J. 118 135 000 M., mehr als das Doppelte im Januar des Vorjahres.

Unsere sozialen Maßnahmen erstreben eine Steigerung der Produktion in den lebenswichtigen Betrieben, so vor allem in der Kohlenförderung. Im Ruhrbezirk werden wöchentlich 3000 Überprüfungen vorgenommen, die die Förderung erheblich gesteigert haben. Jetzt ist das Überprüfungsabkommen von den Arbeitgeberorganisationen gebilligt worden. Zugabe ist, daß es eine schwere Leistung bedeutet, an zwei Tagen der Woche 10 1/2 Stunden Erdbearbeitung zu leisten, aber diese Form der Überprüfungen ist von den Arbeitgeberorganisationen selbst verlangt worden, um einer Schichtverlängerung auf diesem Wege vorzuzugun. Mit aller Deutlichkeit sei es hier erklärt: Die Regierung denkt nicht daran, die Schichtdauer der Bergarbeiter zu verlängern, und ihnen eine gleiche Arbeitszeit zugunsten, wie den übrigen Arbeitern und Beamten. Hoffentlich findet sich in friedlicher Beratung eine neue Lösung der Überprüfungsfrage, die alle Teile befriedigt und es dem Reiche ermöglicht, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Mühselig ist dabei zu nehmen auf die große volkswirtschaftliche Gefahr, die eine Kohlenpreisverhöhung brächte. Der Preis der ausländischen Kohlen hat sich bedenklich dem der inländischen genähert. Außerdem droht uns eine wirtschaftliche Krise und damit weitere Arbeitslosigkeit. Der Überprüfungslohn kann auf die normale Schicht nicht übertragen werden, wenn gleichzeitig die normale Produktion sinkt. Duernd können wir auch nicht mit Überprüfungen arbeiten. Die Förderung muß durch organische und technische Verbesserungen gesteigert werden.

Durch Kultivierung von Obstanbäumen, Schließung von Arbeitslofenstellen auf dem Lande und durch Förderung der Siedler suchen wir auf eine Produktionssteigerung auch der Landwirtschaft hinzuwirken. In Vorbereitung ist die Neuordnung des Reichspachtgesetzes. Auch die Verordnung gegen die Spekulation im Getreide mit landwirtschaftlichen Grundstücken soll ausgearbeitet werden.

Ein besonders umfangreiches Tätigkeitsfeld hat das Reichsarbeitsministerium im Tarifvertragswesen gefunden. Ende 1919 sind 437 Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt gewesen. Ende 1920 waren es schon 1600.

Ein weiteres Kapitel besonderer Fürsorge ist die Förderung der Bauwirtschaft. Auf keinen Fall dürfen Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln dazu dienen, die Bauwirtschaft noch weiter zu verteuern. Das erste Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues ist das dem Reichstag bereits vorliegende Gesetz über die Abgabe von bereits bestehenden Wohnungen. Die im Etat bereitgestellten Millionen zur Förderung des Wohnungsbaues sind sämtlich zur Ausgabe gelangt. Von alledem ist eine wesentliche Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1921 zu erwarten. Im ganzen sind von 1918 bis Ende 1920 aus Reichs-, Staats- und Gemeindegeldern und aus den Mitteln der Kohlenabgabe 4,26 Milliarden ausgegeben worden, wovon auf die Kohlenabgabe 800 Millionen entfallen, und davon sind auf dem Wege von Zuschüssen 138 500 Wohnungen gebaut worden und dazu noch 12 000 Bergmannswohnungen. Demgegenüber spielt der private Wohnungsbau keine Rolle.

Die Vorarbeiten für eine Umänderung der Versicherungs-Gesetze werden noch geraume Zeit beanspruchen. Redner gibt einen Überblick über die einzelnen Maßnahmen, die auf diesem Gebiet geplant sind. Der Entwurf einer Schlichtungsordnung liegt dem Kabinett vor. Ein Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wird dem Reichstag in nächster Zeit zugehen. Ebenso ein Gesetz über Arbeitsnachweis, und ein Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten ist in Vorbereitung. Die Regelung der Versorgung der Kriegsbefähigten macht eine schwere Arbeit, bei der es an Möglichkeiten nicht fehlt. Der Minister erläutert, wie im einzelnen die Unterstellungen für die Familien Kriegsbefähigter verwendet werden, die Lagerzeitbehandlung gestaltet werden soll. Er hofft, daß die Arbeit seines Ministeriums der Allgemeinheit zum Segen gereiche, das Gefühl der Volksgemeinschaft stärken und das Ihrige zum Wiederaufbau beitragen werde.

Die Vertagung des Hüller-Prozesses.

Von juristischer Seite wird der „Berl. Volksztg.“ zur Vertagung des Hüller-Deimhake-Prozesses geschrieben: Der Prozeß gegen den Oberleutnant Hüller ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden, weil ein Entlastungszeugnis fehlt. Wenn es wieder aufgenommen wird, steht dahin, jedenfalls nicht von den Wehrleuten. Der Vorprozeß hat damit — selbstverständlich unbeschädigt — den Wehrpartei einen wertvollen Dienst geleistet. Es ist interessant, das Verfahren des Gerichts in diesem Falle mit dem Verfahren im Prozeß Hefferich zu

berger zu vergleichen. Damals setzte das Gericht alles daran, um eine Vertagung zu verhindern, die nach dem Attentat auf Erzberger unvermeidlich schien. Es wurde zu diesem Zweck, um die Frist für die Aufnahme der Verhandlung nicht verstreuen zu lassen, im Krankenzimmer formell verhandelt. So wurde die Vertagung vermieden, und Erzberger konnte, wie es im Interesse seiner politischen Gegner lag, zur Strafe gebracht werden. Diesmal hat das Gericht nicht einmal den Versuch gemacht, die Verhandlung auszuweichen, und den fehlenden Zeugen herbeizuschaffen, obwohl das hinderlich gewesen wäre. Er wohnt in Kottbus und hätte in wenigen Stunden an Ort und Stelle sein können, wenn es das Gericht gewollt hätte. Eine Aussetzung der Verhandlung auf einen Tag hätte genügt, um die Vertagung zu vermeiden. Warum ist das diesmal nicht geschehen? Offiziersverbrecher haben bei unseren Gerichten ein merkwürdiges Glück. Der Prozeß gegen b. Kessel wurde bekanntlich auch vertagt. . . Die Wege der preussischen Themis sind unerforschlich. Aber eine Binde trägt sie selbstverständlich vor den Augen!

Zur Frage der Kabinettsbildung.

Der Hauptvorwand, die Reichstagsfraktion und die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hätten am Freitag im Reichstage eine gemeinsame Sitzung ab, in der die politische Lage eingehend besprochen wurde. Wie eine parteiisittige Mitteilung besagt, lag der Besprechung die Anregung der Deutschen Volkspartei zugrunde, die Verhandlungen über die Kabinettsbildung mit Rücksicht auf London zu vertagen, da alles vermieden werden müsse, was nach außen einen krisenhaften Eindruck hervorrufen könnte. Es wurde einstimmig beschlossen, der Deutschen Volkspartei zu antworten, daß man alsbald in die in Aussicht genommenen Besprechungen eintreten wolle; die Deutschnationale Volkspartei sehe die in der bevorstehenden Londoner Konferenz liegenden Gefahren für so unmittelbar drohend an, daß die zu treffenden Vorkehrungen nicht länger aufgeschoben werden könnten.

Die Anregung der Deutschen Volkspartei, die den Deutschnationalen vorlag, ist auch den Demokraten und dem Zentrum gegangen. Für die Demokraten hat Abgeordneter Schiffer erwidert, daß er den Wunsch auf Vertagung der Verhandlungen über die Kabinettsbildung mit Rücksicht auf die Gesamtlage als berechtigt anerkenne und bemüht sein werde, ihn über seine Fraktion hinaus in den Kreisen der Partei zur Erfüllung zu bringen. Über die Haltung der Sozialdemokratie in der Frage der Regierungsbildung in Preußen schreibt die „Soz. Korresp.“, daß die einstimmigen Entschlüsse der Partei dahingehen, jede Verbindung mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen und die alte Koalition aufrechtzuerhalten, aberfalls müsse man den bürgerlichen Parteien die Bildung der Regierung überlassen. Es sei gewiß, daß auch die sozialistische Landtagsfraktion so entscheiden werde.

Die Eisenbahntarifserhöhungen vor dem Hauptausschuß.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde die Debatte über den Etat des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt. Reichsverkehrsminister Gröner führte aus: Die bevorstehenden Tarifierhöhungen seien unbedingt notwendig, um den Betriebsbesitz zu decken. Es sei unmöglich, die Betriebskosten eines Reichsverkehrsmittels etwa durch Steuern aufzubessern. Die Beseitigung des Defizits werde in der Weise zu erfolgen haben, daß 10 Milliarden durch Tarifierhöhungen und 5 Milliarden durch Ersparnisse eingebracht würden. Die Verminderung des Personals sei im Gange und werde auch weiterhin maßhaltig betrieben werden. Dabei werde jedoch an pflanzliche Maßnahmen nicht gedacht. Auf die Ausgestaltung des Tarifs sei er besonders bedacht. Eine Besserung hierin könne aber nur allmählich nach Maßgabe der verfügbaren Kohlen und Lokomotiven erfolgen. In erster Linie werde er dabei den Berufs- und Arbeiterverkehr zu verbessern versuchen, aber auch der internationale Verkehr müsse ausgebaut werden. Aus voller Überzeugung sei er für eine Verbesserung der Arbeiterlöhne in den Grenzen des Möglichen eingetreten. Die Diebstahlsbekämpfung habe ungewissere Erfolge aufzuweisen. Die Arbeitsfreudigkeit habe erfreulicherweise zugenommen, besonders bei den älteren Leuten. Der Abschubtag habe durch die pflanzliche Einführung in der Eisenbahnverwaltung ohne die notwendigen Vorbereitungen zu großen Schwierigkeiten geführt. Ein Gesetz über die Arbeitszeit bei den Eisenbahnen sei in Vorbereitung.

Korruption in Oberschlesien?

Die „Freiheit“ läßt sich von ihrem Kattowitzer Korrespondenten Mitteilung über Korruptionserscheinungen an einigen Stellen der deutschen Abstimmungsorganisationen machen, die schier ungläublich klingen:

„In der Transport-, Verpflegungs- und Unterkunftsbteilung der deutschen Abstimmungsorganisation ist eine Schieberwirtschaft eingerissen, die das Kapitel der Kriegsgewinne und der Demobilisationsgeschäfte fast noch übertrifft. Nur der Kreis der Beteiligten ist diesmal kleiner. Es ist eine gesellschaftlich exklusiv Gruppe hochheulender Offiziere und Wehrträger, die sich diesmal die Gewinne sichern. In der Zentrale der T.L.R. in Weisau sitzen fast nur adlige Offiziere, die zum meißt am Kapp-Putsch beteiligt gewesen sind, also eine Schieber- und Korruptionsplantage in deutschnationaler und aristokratischer Reinkultur. Die Aufgabe dieser Herren besteht darin, Automobile, Pelze, Fußsäde, Westen und ähnliche schöne Gegenstände zu beschaffen, an denen sie wahrscheinlich schon während des Krieges als Intendantenoffiziere Hunderttausende zu verdienen gelernt haben. Da diese Arbeit aber viel Kraft in Anspruch nimmt, erhalten die Herren zunächst einmal 35 Mark Stundenlohn, also bei zehnständiger Arbeitszeit 350 Mark täglich.

Diese 350 Mark sind zunächst dafür bestimmt, daß die Herren Kapp-Offiziere im Auto spazieren fahren. Man hat eine treffliche Begründung für diese hohen Tagelöhner gefunden. Die Unterschleife seien so groß gewesen, daß man ihnen durch solche Tagelöhner vorbeugen müsse. Selbstverständlich hat sich nichts an der Korruption geändert, und es wimmelt von geschickten Schelmen und sonstigen losbaren Vermittlungsgehilfen. Es gibt Leute, die im Laufe weniger Wochen hunderttausende auf diese Weise geschoben haben. Wir wollen heute mit den Namen noch etwas zurückhalten, denn wir glauben, daß dieser Alarmruf genügen wird, um die Berliner verantwortlichen Stellen zu veranlassen, Ordnung zu schaffen. Nur die beiden Hauptbeteiligten werden genannt sein: ein gewisser Ingenieur Meyer und vor allem der aus dem Kapp-Putsch bekannte Sohn des Generals Rüttwig.“

Kurze polit. Nachrichten.

Ministerkonferenz in Stuttgart. Amlich wird aus Stuttgart mitgeteilt: Heute traten die Minister von Bayern, Baden,

Oester und Württemberg in Stuttgart zusammen, um über schwebende politische Fragen zu beraten.

In dem Generalstreik in Polen wird der „Noten Fahne“ aus Warschau berichtet: Die Eisenbahnen sind militarisiert worden. Auf Befehl des Kommandanten des Warschauer Militärbezirks wurde das Staudrecht verhängt. Der Streik und die Agitation für den Streik werden mit Gehängen und Erschießen bedroht. Das Zentralkomitee der Gewerkschaften der polnischen Republik ruft zum Generalstreik in ganz Polen für den 28. Februar und den 1. März auf, wenn die Regierung nicht vorher die Militarisierung der Eisenbahnen aufhebt. Im Notfall soll der Generalstreik verlängert werden.

Streifenkämpfe in Moskau. Nach einem Telegramm aus Riga sind in Moskau 14 000 Arbeiter in den Ausstand getreten und fordern erhöhte Brotration, Sicherstellung des freien Handels, Anerkennung der persönlichen Freiheitsrechte und Einberufung der Konstituante. Nachdem sich während des Ausstandes die Soldaten der Roten Armee geweigert hatten, auf die Arbeiter zu schießen, kam es zwischen den Ausständigen und einem Teil der zusammengestellten kommunistischen Abteilungen zu heftigen Straßenkämpfen. Viele Arbeiter wurden verwundet und getötet. Die Soldaten der regulären Roten Armee gingen zu den Ausständigen über. Die extrem-kommunistischen bewaffneten Abteilungen sind sämtlich mobilisiert. Die öffentlichen Gebäude sind militärisch besetzt.

Badische Uebersicht. Bewirtschaftung der Milch auf genossenschaftlicher Grundlage.

In der jüngsten Pressebesprechung im Ministerium des Innern hat Minister Kemme u. a. auch auf die erfolgreiche Zusammenarbeit der Stadt Mannheim mit den Bezirken des Hinterlandes auf Grund der Milchablieferungsverträge hingewiesen, wobei er mit besonderer Anerkennung die großen Verdienste hervorhob, die sich Direktor Hopp von der Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser in Tauberbischofsheim um diese Angelegenheit erworben. Wie schon bekannt, findet morgen in Rauba eine Versammlung statt, in der die Gründung einer Milzentrale auf genossenschaftlicher Grundlage erfolgen soll. Ueber das Planes ist ebenfalls Direktor Hopp der mit seinen Vorschlägen, wie er im „Rauber- und Frankentoten“ mittels der Landwirtschaft nicht nur einen gangbaren Weg weisen will, auf dem sie aus dem Arger der bisherigen Zwangsablieferung der Milch herauskommen kann, sondern, darüber hinaus, der Landwirtschaft für die Zukunft auch einen günstigen, zuverlässigen, guten Abnehmer sicher, und auch eine Grundlage schaffen will, auf der der Landwirt künftig ein gewichtiges Mitbestimmungsrecht bei der Preisbildung der Milch hat. Er verweist zunächst auf die Milzentrale, die von der Stadt Heidelberg in Schwetzingen errichtet wurde. In dieser Zentrale wird die Milch, welche sie aus den beiden Bezirken Bergzaberg und Wertheim täglich erhält, gesammelt und nach dem sogenannten Pasteur'schen Verfahren, soweit sie nach Ausweis einer Untersuchung nicht bereits säuerlich ist, auf 65 bis 75 Grad erhitzt; hernach wird sie wieder abgekühlt und in diesem abgekühlten Zustande gelangt sie gut und wohlbehalten nach Heidelberg. „Diese Einrichtung“, so sagt Direktor Hopp weiter, „hat sich bewährt. Die finanzielle Grundlage aber, auf der diese Sammelmolkerei steht, kann seitens der Landwirtschaft keinesfalls gut gesehen werden. Die Sammelmolkerei in Schwetzingen ist einseitig auf südliche Interessen ausgerichtet. Die Milchproduzenten sind an ihr mit Kapital nicht, oder doch nicht nennenswert beteiligt. Ich habe mich nun als Direktor der Zentrale vor einiger Zeit an die Stadt Mannheim gewandt — Mannheim ist ja die Milchempfangsstation des Bezirks Tauberbischofsheim — und ich habe ihr den Vorschlag gemacht, im Bezirk Tauberbischofsheim — und zwar auf der für den ganzen Bezirk zentral gelegenen Station Rauba — eine ähnliche Milzentrale zu errichten, wie sie in Schwetzingen besteht, aber auf genossenschaftlicher Grundlage, d. h. in der Weise, daß die Landwirtschaft die Hälfte des Kapitals und demgemäß auch die Hälfte der Verwaltung stellt; die Stadt Mannheim bringt sodann die andere Hälfte des Kapitals auf, und dementsprechend ist sie auch an der Verwaltung beteiligt. Der sich ergebende Gewinn wird in gleicher Weise hälftig geteilt. Der Gewinnanteil der Landwirtschaft wird auf die milchliefernden Landwirte nach Maßgabe ihrer Ablieferungen verteilt; sie erhalten Kapitalanteile. Der auf die Stadt Mannheim entfallende Gewinnanteil wird zur Beringerung der Lasten, zur Verbilligung der Transportkosten und somit des Milchpreises in Mannheim verwendet.

Die geplante Milzentrale soll vorläufig als Sammelstelle für Rauberringerung und Abführung der Milch dienen; später, wenn das Angebot von Milch wieder ausgiebiger geworden ist, wird die Rauberringerung überflüssig, soll diese Milzentrale eine Molkerei und eine Käseerei angegliedert werden, so daß man in der Lage ist, jede, auch die größte Menge Milch vorteilhaft zu verwerten und zu verarbeiten.

Jeder Landwirt kann sich an der geplanten Milzentrale finanziell beteiligen, er kann Genossenschaftsmitglied werden, und zwar dadurch, daß er einen oder mehrere Geschäftsanteile erwirbt.“

Leipziger Messesonderzüge.

Anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse wird außer den Sonderzügen Ostberuburgen—Leipzig am 3., 4. und 5. März (Mannheim ab mit D 37 um 5.16 nachm.) am Freitag den 4. März ein Messesonderzug 1.—3. Klasse B.—1.—Leipzig gefahren. Der Zug verläßt Basel Bad. Bf. um 4.07 nachm., Freiburg (Br.) 5.15 nachm., Lehr-Dinglingen 6.00, Offenburg 6.27, Baden-Dos 7.12, Raftat 7.24, Karlsruhe 8.00, Mannheim 9.30 und trifft in Leipzig am 2. Tag um 8.07 vorm. ein. In der Gegenrichtung verkehrt der Zug in folgendem Fahrplan: Leipzig ab Sonntag, 13. März 9.06 nachm., Mannheim am 14. März 7.42 vorm., Karlsruhe 8.54, Raftat 9.28, Baden-Dos 9.41, Appenweier 10.20, Offenburg 10.33, Lehr-Dinglingen 11.06, Freiburg (Br.) 11.50, Müllheim (Baden) 12.29 nachm., Basel Bad. Bf. 1.04 nachm.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Mitgehaltensempfänger und Beamtenhinterliebene. Der Gesundheitsausschuß des Landtages sagte am Samstag vormittag einstimmig folgenden Beschluß: „Der Landtag wolle die Regierung ermahnen, die Bezüge der Mitgehaltensempfänger und Beamtenhinterliebener auf Grund des Pensionsergänzungsgesetzes und des Entwurfs der Besoldungsordnung mit männlicher Besoldung festzusetzen und die hiernach festgestellten Bezüge für die rückliegende Zeit bis 1. April 1920 alsbald vorläufig zur Auszahlung zu bringen.“

LPD. Landesverband mittlerer Bibliotheksbeamten. Vorgestern wurde in Karlsruhe als Zweig des Reichsverbandes deutscher Bibliotheksbeamten in der Person des Landesbibliothek ein Landesverband der mittleren Bibliotheksbeamten Baden begründet, der sich dem badischen Beamtenbunde angliedern wird. Bei der Gründung des Verbandes waren Vertreter der drei Karlsruher Bibliotheken (Landesbibliothek, Landesgewerbeamt und Technische Hochschule), der Universitätsbibliothek in Freiburg und in Heidelberg vertreten. Zum Vorsitzenden des Ausschusses der neuen Vereinigung wurde Bibliothekssekretär Fritz Liebe von der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe für das erste Geschäftsjahr gewählt.

LPD. Heidelberg, 25. Febr. Gestern fand hier eine Versammlung von Vertretern der am Redar gelegenen badischen Städte und Landgemeinden statt, auf der alle Redarorte von Mannheim bis zur württembergischen Grenze vertreten waren und zu der auch die Handelskammer Heidelberg und Mannheim, der Verband Südwestdeutscher Industrieller und der südwestdeutsche Kanalverein Vertreter entsandt hatten. Die Beratungen drehten sich um die Finanzierung des Redarkanals, dessen Kosten sich nach den Ausführungen von Direktor Kern-Mannheim heute auf 1800 bis 2000 Millionen Mark stellen. Nach einer sehr lebhaften Aussprache wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die finanzielle Beteiligung der vertretenen Gemeinden an der zu gründenden Aktiengesellschaft zugesagt wird.

LPD. Mosbach, 27. Febr. Über den Raub in der Krumbacher Mühle teilt die Staatsanwaltschaft mit, daß an dem überfall drei Personen beteiligt sind. Sie banden die im Hause befindlichen Personen mit Stricken in den Betten fest, steckten ihnen mit einer betäubenden Flüssigkeit getränkte Kopfen in den Mund. Dann durchsuchten sie alle Räume und raubten mindestens 10 000 Mark. Die Täter hatten ihr Gesicht mit Tüchern verdeckt. Auf die Ergreifung der Räuber ist eine Belohnung von 8000 Mark festgesetzt.

LPD. Raftat, 28. Febr. Die Zentralbäder-Genossenschaft für Baden tagte gestern nachmittag hier im „Kursium“. Anwesend waren 70—80 Vertreter aus dem ganzen Lande. Zur Besprechung kamen eine Anzahl interne Angelegenheiten der Genossenschaft. Die Jahresrechnung ergab ein günstiges Resultat. Die Versammlung forderte den baldigen Abbau der Zwangsablieferung. Die Kohlenversorgung soll dem genossenschaftlichen Handel übergeben werden.

LPD. Freiburg, 27. Febr. Das Disziplinerverfahren gegen den städt. Hofmeister Hieser wegen angeblicher Vertagung dienstlicher Pflichten ist eingestellt worden.

LPD. Freiburg, 27. Febr. Die Zahl der Wohnungsuchenden ist hier trotz aller Abhilfemaßnahmen auf etwa 2700 angewachsen. Darunter befinden sich rund 1000 Wohnungsuchende, deren beschleunigte anderweitige Unterbringung aus sozialen und gesundheitlichen Gründen dringend geboten ist. Die Stadt will nun in großzügiger Weise an die Erstellung von Wohnungsneubauten herantreten. Die Zahl der in Wäde zu beschaffenden Wohnungen ist mit 800 bis 1000 anzunehmen. Davon sollen etwa 800 als Dauerwohnungen neu erstellt und der Restbedarf durch Zwangsquartierung und Erstellung von Behelfsbauten gedeckt werden.

LPD. Freiburg, 27. Febr. Eine Konferenz der kath. Geistlichen der Kapitel Reutenburg, Reutberg, Weisach, Waldkirch und Endingen besaßte sich mit der Frage der Einführung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1918, das nächstes Jahr in Kraft tritt und dessen Durchführung von den Kreis Schulämtern vorbereitet wird. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat seit längerer Zeit schon die Ausbildung der erforderlichen Fortbildungslehrer und Lehrerinnen verfolgt. In der Konferenz kam zum Ausdruck, daß die Durchführung des Religionsunterrichts in der allgemeinen Fortbildungsschule nur möglich sei, wenn er auf alle Fachschulen ausgedehnt werde. Die Konferenz beschloß daher eine entsprechende Entschließung in diesem Sinne an die badische Regierung und an den badischen Landtag zu richten.

LPD. Zell a. S., 27. Febr. Unter Aufsicht von französischen und englischen Offizieren sind in der hiesigen Papierfabrik über 100 Zentner Mobilmachungsakten des früheren Bezirkskommandos Offenburg eingekampt worden.

LPD. Waldkirch, 27. Febr. Zu dem gewünschten Ausbau der Elstalbahn hat das Reichsverkehrsministerium in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Finanzlage des Reiches für vorläufig längere Zeit es verbiete, der Verwirklichung des Projekts näher zu treten. Auch andere Bahnbauwünsche müssen unerfüllt bleiben.

LPD. Pfullendorf, 28. Febr. Die Tochter des Privatmanns Schnapp, die ihren Vater im Schlaf ermordet hat, hat im Gefängnis versucht, sich durch Erhängen das Leben zu nehmen. Sie wurde in die Heilanstalt Reichenau verbracht. Seit ihrer Verhaftung verweigert das Mädchen jede Nahrungsaufnahme.

LPD. Oberwolfach, 28. Febr. Der der Gemeinde gehörende Spinnereihof ist vollständig niedergebrannt. Die Bewohner des Hauses konnten nur das nackte Leben retten. Außer den Fahrnissen ist auch der Kleinviehbestand zugrunde gegangen. Eine das Haus bewohnende Frau hat erst im Sommer vorigen Jahres durch den Brand ihres Hofes im Ergendach ihre gesamte Habe verloren.

LPD. Meßkirch, 24. Febr. Vor dem Schwurgericht in Gochingen (Hohenzollern) standen gestern sieben Räuber, die am 20. Januar nachts in den Eindehof bei Herdwangen eingebrochen waren und den Besitzer gezwungen hatten, ihnen Bargeld, Schwere und Kleidungsstücke zu geben. Die Räuber stammten aus Konstanz, Württemberg, Mühlhausen, Emmishofen; einer war aus der Tschecho-Slowakei. Zwei der Räuber namens Anrole und Fuchs wurden zu je 5 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust, der dritte, Gerspacher, zu 3 Jahren und der vierte, Franke, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Zwei andere erhielten geringere Gefängnisstrafen und ein weiterer wurde freigesprochen. Die Räuber werden sich noch vor der Konstanz Strafkammer wegen Schaufensereineubrechens in Konstanz zu verantworten haben.

LPD. Konstanz, 28. Febr. Neuerdings wurden wieder vier Silberhändler verhaftet, die eben im Begriffe waren, 5000 Silbertranken über die Grenze zu bringen. Die Verhafteten sind zwei badische Grenzschleuser und zwei in Konstanz wohnhafte Kaufleute. Einer der Verhafteten hat ein Gefändnis dahin abgelegt, daß sie vor wenigen Tagen auf dem gleichen Wege 2700 Fr. nach der Schweiz geschafft haben.

Aus der Landeshauptstadt.

LPD. In der Beileidigungsangelegenheit des Staatsrats Marum gegen die hiesige humoristische Halbmonatsschrift „Latern“ wegen einer Notiz in der Nummer 4 dieses Blattes ist ein Vergleich zustande gekommen. Die beleidigenden Äußerungen wurden von der Schriftleitung der „Latern“ zurückgenommen, außerdem soll eine Buße bezahlt werden. Die Beleidigung der Nr. 4 der „Latern“ ist darauf wieder aufgehoben worden.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat mit Entschliessung vom 14. Februar d. J. den Amtsrat Dr. Emil Hofmann beim städtischen Preisprüfungsamt Mannheim zum Regierungsrat beim Statistischen Landesamt in Karlsruhe ernannt.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat den Oberbetriebsinspektor Adolf Raub in Offenburg als Vorstand der Betriebsinspektion nach Karlsruhe, den Oberbetriebsinspektor Hermann Säger in Billingen als Vorstand der Betriebsinspektion nach Offenburg, den Oberbetriebsinspektor Paul Hermann in Freiburg als Vorstand der Betriebsinspektion nach Billingen berufen.

Die Prüfung der Reichslehrer betr.

Auf Grund der im Februar 1921 bestandenen Prüfung sind unter die Reichslehrerandidaten aufgenommen:

- Gassert, Richard, von Konstanz, Gehl, Rudolf, von Kappelwink, H. Bühl, Hoffmann, Otto, von Wiblingen, Holzer, Gerbert, von Heidelberg, Schulmader, Karl, von Karlsruhe, Strub, Hermann, von Freiburg, Vogel, August, von Freiburg, Vollhardt, Robert, von Wehrheim, Zoller, Ludwig, von Karlsruhe.

Karlsruhe, den 17. Februar 1921.
Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Der Ministerialdirektor:
Schmidt. Baumgärtel.

Pr. Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier. Zu einer erhebenden Feier deutschen Velenntnisses gestaltete sich die vorgestrigte Zusammenkunft aller Abstimmungsberechtigten der Bezirksgruppe Karlsruhe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier in den Sälen des Hotel Friedrichshof. Der Zweck war, die in der Südde unseres Reiches zerstreut wohnenden Oberschlesier zusammenzurufen, um sich gegenseitig kennen zu lernen für die gemeinsame Fahrt nach ihrer Heimat, zu der nun endgültig am 30. März (Palmsonntag) stattfindende Abstimmung. Der Ruf war nicht umsonst. Bei Eröffnung der Vormittagsfeier waren die unteren Säle, die Tische eingeteilt nach den einzelnen Landmannschaften, dicht gefüllt. Der Gesangverein „Epigraphia“ leitete mit dem sehr schön vorgetragenen Lied Mozarts „Weibe des Gefanges“ die Feier ein. Herr Seelmann trug einen selbst verfassten Prolog vor, der, durchglüht von wahrer Heimatliebe, aller Herzen höher schlagen liess.

Nach Begrüssung durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Reusswälder, hielt Herr Professor Schindler aus Leipzig die Festrede. Im Geiste durchwanderte er die fruchtige Heimat mit ihrem unbegrenzten Reichtum an Bodenschätzen, neben landschaftlichen Schönheiten und seiner rein deutschen Kultur, aus der unsere nachsichtigen Feinde eine „oberschlesische Frage“ gemacht haben, mit einem Recht für Polen. Kein Mensch dachte vor dem Krieg in Oberschlesien daran, daß an der unbegrenzten Zugehörigkeit zum Reich jemals gezweifelt werden könnte. Der Vortragende, der als Oberschlesier selbst in der Bewegung steht, kam erst in den letzten Tagen von einer Reise aus Schlesien zurück, er zerstreute die mancherlei Gerüchte,

die angetan waren, einen großen Teil der mindestens 300 000 Stimmberechtigten im Reich von der Reise abzuhalten. In überzeugenden Worten brandmarte er das teuflische Manöver eines Korfanth und Genossen mit ihren Helfern, der Entente. Auf alle mögliche Weise versuchten sie der Welt vorzugaukeln, daß Polen ein Anrecht auf Oberschlesien habe. Er schilderte die unerhörten Schikanen, die gemacht werden, einem großen Teil der im Reich Wohnenden die Wahl unmöglich zu machen. Nachdem aber die einheimische Arbeiterschaft aller politischen Richtungen erkannt hat, daß nur ein Eintreten für Deutschland eine Weltkatastrophe ablenken kann, glaubt der Vortragende dem Wahltag mit großer Hoffnung für unseren Sieg entgegenzusehen zu können.

An die Vormittagsfeier schloß sich ein gemeinsamer Mittagstisch in den oberen Sälen, der sich bis in die Abendstunden zu einer geselligen Feier ausdehnte, die durch Musikvortrüge der Hauskapelle sowie des dreifachen Quartetts vom Karlsruhe „Niedertranz“ und eine Reihe weiterer trefflicher musikalischer und deklamatorischer Darbietungen bereichert wurden.

Café Mozart. Das ehemalige Café Rein ist am 15. d. M. in den Besitz des Herrn Eugen Kistner, zuletzt Besitzer der Feldherrnhalle-Paulanerbräu, übergegangen und wird zur Zeit einer vollständigen Renovierung unterzogen. Herr Kistner wird, wie man uns mitteilt, das Lokal unter dem Namen „Café Mozart“ als erstklassiges Familienkaffee demnächst wieder eröffnen. Näheres wird noch im Anzeigenteil bekannt gegeben werden.

Möbelkäufer - Brautleute
lassen Sie sich durch marktschreierische Angebote nicht beeinflussen.
Speise-Herren-Schlaf-Zimmer
Küchen Polsterwaren Einzelne Möbelstücke
finden Sie bei mir in großer Auswahl
Reelle und billige Bedienung. **Möbelhaus Maier Weinheimer** Karlsruhe. Besichtigung ohne Kaufzwang.
32 Kronenstraße Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten! Kronenstraße 32

Badisches Landestheater.
Mittwoch den 2. März. 7 bis nach 9 Uhr. 12 Mark.
Der Leibgardist.

Phorosan-Heil-Institute
Karlsruhe Kaiserstraße 91 Dr. med. von Asten
Mannheim Rheinamstraße 28 Dr. med. Mähler
Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe - Heilung ohne Berufsstörung in kurzer Zeit möglich. - Blutuntersuchung. (Wasserm.) - Syphilisbehandlung. Sprechstunden: Werktags (außer Donnerstags) von 1-6 Uhr, Sonntags von 10-1 Uhr. Getrennte Wartezimmer.

Nur während der Weißen Woche
gewähren wir infolge unseres **Total-Ausverkaufs** auf unser gesamtes, noch umfangreiches Lager fertiger Herren- und Knaben-Konfektion **30 Prozent Rabatt** anstatt wie bisher 25 Prozent.
Wir empfehlen ferner:
Weiße Hosen und Westen
Lüstre- und Wasch-Saccos, Knaben-Wasch-Anzüge und Blusen.

Spiegel & Wels

Bei der am 18. Februar 1921 in der Stadtdirektion zu Stuttgart stattgefundenen **Neckar-Kanal-Geldlotterie** zum Zwecke der Förderung der Südwestdeutschen Wasserstraßen-Donau-Bodensee (L. Reihe), wurden nachstehende Nummern mit Gewinn gezogen:

A. Gewinne von 30 bis 40000 Mark.

Ros.-Nr.	RRL	Ros.-Nr.	RRL	Ros.-Nr.	RRL	Ros.-Nr.	RRL	Ros.-Nr.	RRL	Ros.-Nr.	RRL
11	30	15712	30	30632	30	47932	30	67158	30	84753	30
769	30	905	30	31369	30	48438	30	68339	100	86368	30
1292	30	16492	30	32127	30	613	30	569	30	87623	30
819	100	18098	30	35095	500	868	30	70139	30	89118	30
2290	30	19159	100	330	30	49739	30	71061	30	90907	30
3213	30	173	30	36066	100	50827	100	521	30	978	30
910	30	21920	30	242	500	51212	30	73192	30	91796	30
4285	30	22049	30	37050	30	872	30	673	30	92254	30
5699	30	716	40000	535	30	53343	30	75734	30	967	500
735	30	860	30	823	30	54305	30	77901	500	93512	30
7353	1000	23230	30	38901	30	55252	30	78286	30	94494	30
476	30	797	30	39830	30	509	30	389	30	504	1000
790	30	835	100	40675	30	991	30	686	30	96354	30
8154	30	905	30	42233	30	56423	500	916	30	96101	100
8394	30	24406	30	42402	500	57513	30	942	30	97878	30
750	100	25952	30	und	944	30	79809	30	99714	30	
9754	100	26649	30	und	58900	30	80876	30			
10223	30	789	30	4034	30	61075	30	81004	30		
11280	30	27213	30	45246	30	62121	30	82373	30		
13051	30	28861	30	46030	100	66475	30	83670	30		
14564	30	30353	30	47749	30	721	30	84716	30		

B. Gewinne zu 10 Mark

90 92 294 315 378 407 463 743 762 949 1087 180 273 366 388 532 556 559
609 625 648 684 736 2108 260 452 494 519 613 634 750 3023 145 190 230 235
320 410 493 562 685 718 730 733 736 739 765 779 4060 118 153 354 383 447
486 648 857 860 937 945 5068 122 160 697 696 845 859 950 955 959 6085 138
492 774 836 7001 063 239 242 249 409 474 8015 109 198 310 540 623 977 9312
358 453 487 662 737 868 950

10025 133 259 299 379 439 450 464 494 507 619 769 909 11109 132 190 224
250 440 539 644 680 803 814 995 12172 253 422 429 502 659 693 886 13089 115
251 295 396 580 708 832 896 911 14017 050 323 352 350 496 640 556 666 828
943 15007 041 181 224 245 457 508 533 718 784 799 860 16032 034 162 253 269
299 493 770 840 889 17050 190 552 586 703 753 864 900 913 931 13029 200 232
274 290 364 744 756 798 885 939 986 19007 009 094 233 347 360 392 687 815
896 932

20043 332 686 799 21000 055 103 758 773 879 937 22082 115 129 176 218
868 892 902 23122 195 698 712 758 793 875 910 930 938 21324 329 336 400
428 630 646 692 716 820 936 25023 239 272 301 337 373 659 799 867 906 26294
333 439 454 589 615 665 710 821 27104 449 690 689 730 742 860 28057 065
088 320 369 501 532 613 724 830 990 29030 158 176 212 300 320 500 518 555
740 749 844 954

30206 243 271 326 380 499 592 829 919 950 31116 161 164 206 218 238 497
508 511 619 622 750 786 967 998 32113 143 181 189 282 346 550 566 669 878
33110 210 261 357 390 526 533 730 758 800 836 858 881 889 893 960 34408 421
527 604 730 787 904 986 35189 443 479 648 736 910 914 36100 340 379 407
419 423 582 686 699 878 886 992 37087 080 131 228 235 320 340 383 410 447
574 698 759 887 38104 121 229 340 553 577 591 897 989 39030 068 180 310
380 402 555 666 775 784 806 885 969

40164 173 376 439 566 636 679 925 948 41026 187 204 375 575 692 946
42064 083 125 262 304 390 496 543 673 707 902 993 43070 067 168 530 589
699 763 790 806 887 910 913 44232 303 400 492 707 718 763 794 804 823 45207
218 230 350 399 420 453 490 532 648 700 814 820 824 991 46200 263 445 703
834 988 47010 139 143 285 524 561 626 667 873 48006 035 105 187 264 359
408 549 690 708 787 835 895 977 988 49028 079 100 101 255 515 837 873 900
987 990

50048 072 127 175 256 358 633 849 879 883 51071 100 271 306 607 660 726
806 855 865 949 52014 139 142 244 257 325 326 409 490 502 603 642 703 819
863 935 53062 165 352 405 510 663 842 54055 056 135 188 225 450 514 784
837 846 849 53454 495 580 817 880 966 967 50032 295 375 517 732 858 927
57278 344 407 464 563 570 685 717 782 805 808 873 58278 412 524 543 556
612 634 875 897 59020 100 162 271 278 721 787 958 962 985

60019 270 564 906 920 930 61046 070 073 130 155 270 273 277 343 367 499
572 642 647 796 844 62004 143 259 450 660 753 827 63022 085 196 344 363
407 449 450 499 500 563 614 634 712 768 934 978 64037 382 434 668 719 837
879 880 916 980 63007 225 272 422 730 750 810 859 66004 119 126 399 638
594 785 849 885 945 67006 120 200 234 276 496 568 579 766 800 68019 193
328 399 420 617 675 763 885 930 69054 203 320 578 632 638 650 826 860 939
70049 234 343 407 781 902 71200 316 352 464 485 502 510 647 660 729 779
895 954 72025 195 599 609 688 690 834 870 979 73006 038 449 579 590 591
615 642 780 792 812 71189 372 458 496 540 768 970 75022 034 039 185 288
316 397 660 831 76018 068 158 236 255 289 330 442 465 620 564 592 629 705
724 77000 154 167 181 221 348 536 843 909 78022 041 050 332 341 364 422
438 503 506 732 800 928 997 79077 292 339 449 461 540 589 695 899 904 920
80085 296 440 466 470 572 667 689 838 870 937 985 81477 620 674 703 909
950 82238 241 345 514 522 530 666 754 876 933 83012 313 530 625 642 756
775 930 31367 727 947 950 969 989 85010 080 105 280 519 530 540 679 733
863 936 36009 100 176 235 388 432 452 485 533 546 595 767 773 869 891
87047 058 102 223 253 500 571 749 767 820 963 88000 310 984 89017 372 390
434 502 542 839 849

90145 158 319 330 400 660 685 734 742 91146 168 352 422 531 553 710 855
974 92015 265 345 415 535 93029 062 110 239 267 374 572 685 714 726 746
804 910 933 966 94038 316 369 390 442 443 536 681 830 847 93205 444 472
568 680 789 96026 064 120 185 308 490 673 740 905 956 97010 188 247 350
782 98013 156 199 299 345 407 707 863 978 99110 149 347 560 570 728 890 937

C. Nachstehende dreifellige Endnummern gewinnen je 5 Mark, sofern solche nicht schon mit höheren Treffern gezogen sind.
082 096 103 108 116 152 169 180 187 195 250 263 275 292 303 334 337 363
380 408 446 468 532 543 624 627 660 663 677 685 734 744 820 824 848 862 883
915 923 962 966 999.

Neuer gewinnen folgende Nummern 5 Mark:
6082 7099 7211 10287 10894 13480 14623 15939 17335 20704 22640 23255 23679
25225 25987 27818 33620 33847 34365 35379 36905 37458 38249 40407 42222
43898 44540 46880 47879 49205 51168 54166 57868 59725 60189 65174 67083
71812 72056 73077 73230 74912 75676 77036 82743 85295 96273 96351 96630
98943 99400.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt bis einschl. 18. Mai 1921 durch die Herren
J. Schweidert, Stuttgart, Martstr. 8 und Eberhard Feyer, Stuttgart,
Friedrichstr. 56.

Metallbetten Stahlkraft matrassen, Kinderbetten, Posten an jedem mann. Katalog frei. Eisenmöbel-fabrik Suß in Tübingen.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
E. 134.2.1 Karlsruhe. Der Collier G. Wälde hier, Kreisbevollmächtigter, Rechtsanwältin Dr. Homburger und Stein hier, klagt gegen den Kaufmann E. Widwald in Butareh, Cal Victoria 94 unter der Behauptung, daß ihm der Beklagte aus Kauf von 100 000 Seltflaschen 3 300 M. nebst 5% Zinsen seit Klageaufstellungstage an schulde, mit dem Antrage auf eventl. gegen Sicherheit vorläufig vollstreckbare Zurückstellung von obigen Beträgen.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Kammer für Handelsfachen des Landgerichts zu Karlsruhe auf Mittwoch, 20. April 1921, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalte als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Karlsruhe, 24. Febr. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

W. 86.2 Heidelberg. Die Johann Gottfried Heinrich, Sohn der Ehefrau Selbanna geb. Ansel in Heidelberg hat beantragt, den verstorbenen Johann Gottfried Heinrich, Hofner, geb. am 28. April 1857 in Freidgrün, zuletzt wohnhaft in Heidelberg, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verstorbene wird aufgefördert, sich spätestens in dem auf Dienstag, den 27. September 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 15, anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Heidelberg, 18. Febr. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts 5.